

Trinkgelage, Vandalismus, Lärm

Birso setzt im Stadtrat Debatte zur Ordnung und Sicherheit in Pößneck durch

Von Marius Koity

Pößneck. Die Stadt Pößneck will sich ein „Sicherheits- und Ordnungskonzept“ geben. Diese Idee der Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla (Birso) im Pößnecker Stadtrat fällt jedenfalls auf fruchtbaren Boden. Der entsprechende Birso-Antrag wurde am Dienstagabend im kommunalen Parlament sofort heiß diskutiert.

Die eigentliche Arbeit soll allerdings erst einmal nicht öffentlich in der städtischen Verwaltung sowie im Stadtrats-Haupt- und Finanzausschuss erledigt werden. Dennoch sollen nach dem Birso-Willen auch „die Bürgerinnen und Bürger“ beteiligt werden – wie, ist unklar. Außerdem soll die Polizei mitwirken. Eine Frist für die Erstellung des Konzeptes gibt es nicht.

Birso-Chef Wolfgang Kleindienst stellt sich unter anderem vor, dass das Personal des städtischen Ordnungsamtes aufgestockt wird – zwecks „erhöhter Präsenz vor allem an so genannten Brennpunkten, um öffentliche Trinkgelage, Vandalismus etc. verstärkt zu verfolgen“ und im Ergebnis langfristig verhindern. Die Stadt möchte feststellen lassen, ob sie ausreichend mit so genannten Kontaktbereichsbeamten versorgt sei. Und für „bestimmte öffentliche Plätze und Bereiche“ sollten „klare

Verhaltensregeln“ definiert werden, bei Nichtbefolgung mit „Ahndung als Ordnungswidrigkeit“. Der Punkt 4 in der Aufgabenliste der Birso lautet „Videoüberwachung an neuralgischen Plätzen“. Außerdem fordert die Bürgerinitiative eine „erhöhte Reinigung und Abfallbeseitigung an bestimmten Orten mit der Möglichkeit drastischer Strafen“. Die Birso stellt sich schließlich vor, dass die Stadt den „öffentlichen Drogenhandel und -konsum“ unterbindet.

„Wir können, dürfen und wollen nicht weiter zusehen, wie Teile der Bevölkerung respektlos mit Normen, Gesetzen, Satzungen und unserem Eigentum umgehen“, so Kleindienst. Und da ja in der städtischen Verwaltung in der Folge der Abschaffung der Straßen-

Den Pößnecker Stadtrat beschäftigen Fragen der Ordnung und Sicherheit. Foto: Marius Koity

ausbaubeiträge bald anderthalb Stellen frei werden, wie er spekulierte, werde auch Geld für die Finanzierung seiner Vorstellungen frei. Bürgermeister Michael Modde (parteilos) schüttelte bei diesem Einwurf zwar

den Kopf, begrüßte aber den Birso-Vorstoß.

Die erste Gegenrede hielt Constanze Truschzinski (Soziale Initiative Pößneck), die Kleindienst vorhielt, in den Raum zu stellen, dass in Pößneck „ganz, ganz vieles im Argen“ sei. Das könne sie nicht bestätigen. „Sicher gibt es verbesserungswürdige Dinge, aber ich fühle mich sehr sicher in unserer Stadt“, so Truschzinski. Und zum Thema Videoüberwachung sagte sie: „Wenn wir Freiheit gegen Sicherheit eintauschen, dann werden wir die Freiheit verlieren.“

„Die Freiheit eines Einzelnen geht immer so weit, bis sie die Freiheit eines Anderen angreift“, zitierte Enrico Kleebusch (SPD) zurück. Die Birso renne bei ihm persönlich offene Türen ein, sagte er, weil: „Wir haben sicher kein massives Sicherheitsproblem, die meisten Leute wissen, wie sie sich in der Öffent-

lichkeit zu benehmen haben, aber einzelne nicht.“

Steve Richter (Grüne), sein Banknachbar und Fraktionsgemeinschaftskollege, sah das wiederum differenzierter: „Ordnung – ja. Videoüberwachung – nein. Sicherheit – ich habe keine Angst, nachts durch die Stadt zu laufen.“ Richter – und nicht nur er – konnte sich nicht so richtig vorstellen, wie beispielsweise Ordnungsamtsmitarbeiter nachts den Vandalismus bekämpfen sollen.

Sabrina Roy (FDP/FW/FFW) machte ihrem Ärger über Zustände im Gottesackerkirchenspark Luft, wo Trinker wohl nach wie vor nach Lust und Laune lärmen, und sie fragte sich, warum dieses alte Problem nicht in den Griff zu bekommen sei. Die Polizeipräsenz in der Stadt schätzte sie als „deutlich zu gering“ ein. Wenn man mal die Polizei rufe, weil es einem reiche, dann bekomme man von Beamten schon mal „wir haben kein Auto“ gesagt.

Matthias Creutzberg (CDU) legte der städtischen Verwaltung ans Herz, die Birso-Ideen vor irgendwelchen Debatten oder gar Beschlüssen juristisch auf Machbarkeit abzuklopfen. Zumal der Stadtrat am Dienstag einen früheren gut gemeinten Beschluss in Sachen Straßenausbaubeiträge wieder zurücknehmen musste, weil er in einem Detail nicht rechtskonform war.

► MEINE MEINUNG

